Einführung

Günter Buchstab

„L'existence d'une nation est … un plébiscite de tous les jours." Diese Definition, die Ernest Renan 1882 in seinem berühmten Vortrag „Qu'est-ce qu'une nation?" dem Begriff „Nation" gab, gehört zum Gemeingut, wenn man sich mit der Frage auseinander setzt, was Nationen und nationales Bewusstsein sind und welche Rolle sie in der Geschichte spielen. Weniger bekannt ist hingegen Renans Aussage aus dem gleichen Vortrag: „Les nations ne sont pas quelque chose d'éternel. Elles ont commencé, elles finiront. La confédération européenne, probablement, les remplacera." Tatsächlich hat ein vereintes Europa erst nach dem Zweiten Weltkrieg konkrete Formen angenommen. Hat die europäische Einigungsbewegung aber auch das Ende der Nationen eingeleitet, wie der französische Religionswissenschaftler vermutete?

Bewies nicht Konrad Adenauer, der sich die Integration Europas zur politischen Aufgabe gemacht hatte („Europa muß geschaffen werden"), größeren Realitätssinn, als er in einem Interview mit Ernst Friedländer 1953 seine Vorstellungen zur Integration Europas so erläuterte: „… Manche scheinen sich das so vorzustellen, als hätten wir hier einen Schmelztiegel, aus dem eine graue und einförmige Masse hervorgehen müßte, und das sei dann Europa. Dagegen wehrt sich dann nicht nur der vielgeschmähte Nationalismus, sondern der gesunde Sinn für Eigenes und Überliefertes. Aber Europa soll gar nicht gleichgeschaltet werden. Sein größter Reiz und Reichtum liegt in der Mannigfaltigkeit. Das Gemeinsame in der Mannigfaltigkeit herauszuar-

beiten, das Verschiedene zu einer Einheit zu verbinden, das ist die Aufgabe. Das ist ja gerade das Gesunde an einem richtig verstandenen Föderalismus, daß es weiter Franzosen, Italiener, Deutsche, Holländer, Belgier und Luxemburger geben wird in der größeren europäischen Heimat. Hier entsteht etwas Neues, ohne daß das Alte vernichtet wird. Das Nationale bleibt, nur ist es nicht mehr das Letzte und Höchste."

Um sich dem Problem der nationalen Identität im vereinten Europa nähern zu können, ist von der Vielfalt der partikularen, nationalen, regionalen und historisch-kulturellen Elemente auszugehen, die das Selbstverständnis der Mitgliederstaaten der Europäischen Union prägen. Über dieses Thema fand vom 14. bis 17. Oktober 2004 in Cadenabbia, dem internationalen Bildungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung, eine Tagung statt. Die dort vorgetragenen Referate sind in diesem Band gesammelt, ergänzt durch Beiträge über Länder, die bei dieser Veranstaltung nicht explizit behandelt wurden.

Seit den Anfängen der europäischen Integration wird von Supranationalität gesprochen, wenn das Charakteristische der nach 1945 einsetzenden Entwicklung und die Verfasstheit der Europäischen Union beschrieben werden soll. Dieser Begriff beinhaltet zum einen den überstaatlichen Rahmen der EU, schließt zum anderen aber auch das Selbstverständnis der Europäer ein, die zwar durchaus das Ganze im Blick haben, verdichtet im Namen „Brüssel" – mit dem Europäischen Rat, der Kommission und wichtigen Ausschüssen der EU sowie dem Europäischen Parlament usw. –, aber sich doch zuerst von ihren Regionen, von ihrer ethnischen Herkunft, Religion, Sprache, Kultur und historischen Vergangenheit her definieren. Folgerichtig geht der europäische Zusammenschluss deshalb bis heute konstitutiv vom Nationalstaat aus, wie er sich im Gefolge der Französischen Revolution im 19. Jahrhundert und nach

dem Ersten Weltkrieg als staatliche Lebensform der europäischen Gesellschaften entwickelt hat, als Macht- und Wirtschaftsstaat, wie auch mit seiner „Natur", die Bürger in das staatliche Handeln einzubeziehen und die Allgemeinheit der Staatsbürgerschaft herzustellen. Dieser Nationalstaat erzwang mit seiner Herrschaftsordnung und mit seinem Souveränitätsanspruch die nationale Identifikation und die Solidarität aller Nationsbürger mit ihrem Staat – gleichgültig, wie landsmannschaftlich fern und religiös differenziert sie zu ihm standen. Allerdings blieb der ethnisch geschlossene Nationalstaat stets eine Fiktion; der Realität entsprach aufgrund zahlreicher Minderheiten in seinen Grenzen eher der Nationalitätenstaat.

Zumindest bis 1945 stellte sich Europa als Konglomerat von Nationalstaaten dar, die miteinander konkurrierten. Sie verteidigten ihre Souveränität, beanspruchten die Gleichwertigkeit aller, und richteten sich in ihrem Selbstbehauptungswillen stets gegen die anderen Nationalstaaten. So trugen sie zu ihrer inneren Stabilisierung, aber auch zur Desintegration des Kontinents bei. Die Folge waren verheerende Kriege im Namen des Nationalstaats, die schließlich durch das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges nicht nur zu einer Schwächung der Einzelstaaten, sondern auch zu einer Minderung ihrer weltpolitischen Bedeutung führten. Vor allem die westeuropäischen Staaten, die ihre globale Führungsrolle eingebüßt hatten, standen vor der Frage, wie sie sich in der neuen bipolaren Weltordnung, zwischen den USA und der Sowjetunion, orientieren sollten. Sie entschieden sich für eine engere Zusammenarbeit, bestimmt von dem Willen, kriegerische Auseinandersetzungen in Europa auf Dauer zu verhindern. Die Bildung eines gemeinsamen Marktes für die westeuropäische Schwerindustrie (Schuman-Plan von 1950) mit Hilfe einer supranationalen Lenkungsbehörde sollte den wirtschaftlichen Wiederaufbau beschleunigen und die politische Eini-

gung Westeuropas voranbringen. Der nach 1945 einsetzende europäische Einigungsprozess war sicherlich auch ein Produkt des Kalten Kriegs: Die westlichen Staaten fanden sich zusammen, um gemeinsam der Bedrohung von außen, durch die Sowjetunion, zu begegnen. Zudem entsprach die Integration dem Wunsch, ein eigenständiges Kraftfeld gegenüber den USA und ihrer Präponderanz als Führungsmacht des Westens zu entwickeln und im euroatlantischen Bündnis durch eine stärkere Formierung Europas wieder weltpolitische Verantwortung zu übernehmen, auch um den amerikanischen Partner zu entlasten.

Die erste Phase der Integration begann 1952 mit der Gründung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (EGKS), der sogenannten Montanunion von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden, und führte von der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" (EWG) über die „Europäische Gemeinschaft" (EG), den Zusammenschluss von Montanunion, Atom- und Wirtschaftsgemeinschaft, zur „Europäischen Union" (EU) mit heute 25 Mitgliedern. Auf diesem Weg begaben sich die Mitgliedstaaten zum Teil ihrer nationalen Souveränitätsrechte.

Bis zum Zusammenbruch des Kommunismus blieben die im Einflussbereich der Sowjetunion lebenden Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas, die militärisch, ökonomisch und ideologisch durch die sowjetischen Machthaber dominiert wurden, aus diesem Prozess ausgeklammert. Die Sehnsucht nach Freiheit und das Verlangen nach nationaler Eigenständigkeit und gleichzeitiger Zugehörigkeit zu Europa blieben aber stets präsent. Sich dafür zu engagieren, war jahrzehntelang jedoch ein riskantes Unterfangen; ein Aufbegehren gegen den Kommunismus haben viele teuer bezahlen müssen. Am Ende aber führte der nationale Selbstbehauptungswille zur Befreiung von der Herrschaft Moskaus, zur Auflösung der Sowjetunion 1991

und zum Anschluss an Europa. Als die kommunistischen Regime und der Warschauer Pakt in der Umbruchszeit 1989/90 kollabierten, verbanden die Bürger der ehemaligen Ostblockstaaten den Traum der Verwirklichung von nationaler Selbstbestimmung, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit der „Rückkehr nach Europa". Das integrierte Westeuropa besaß zu Zeiten der Sowjetunion für viele Mittel- und Osteuropäer ein positives Image und eine große Anziehungskraft. Die wiedererlangte nationale Souveränität bildete für sie keinen Widerspruch zur Einbindung in supranationale europäische Strukturen. So lautete etwa in Estland die Parole: Der Weg nach Europa ist der Weg der nationalen Befreiung.

Mit dem Ende des Kalten Kriegs und dem Beitritt der vormals in den Warschauer Pakt eingebundenen Länder setzte die zweite Phase des europäischen Einigungsprozesses ein. Ohne Zweifel war die Erweiterung politisch und wirtschaftlich ein großer Erfolg. Durch die Verträge von Maastricht (1993), von Amsterdam (1999) und Nizza (2003) wurde die Einigungspolitik geographisch und inhaltlich erheblich ausgeweitet. Es wurden Zuständigkeiten für eine rechts- und innenpolitische Zusammenarbeit geschaffen; eine multinationale Währung, der Euro, wurde eingeführt und der Wunsch nach einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik artikuliert. Die europäische Politik griff damit tief in die herkömmlichen Reservate nationalstaatlicher Politik ein. Die „Nation" verlor in diesem Prozess internationaler Arbeitsteilung wichtige frühere Funktionen, wie etwa die Herstellung einer territorial definierten Ökonomie. Die alten Volkswirtschaften sind zwar durch den Zusammenschluss nicht gänzlich ersetzt worden, aber sie hörten auf, autonom zu sein, wenn sie es denn jemals waren – zumal in Kleinstaaten, deren Bevölkerung weniger als zweieinhalb Millionen beträgt. Gerade diese Länder dürften ohne Einbindung und Teilhabe an ei-

nem größeren Ganzen kaum lebensfähig sein. Wie sich hingegen nach der Erweiterung die Vertiefung der europäischen Integration gestalten wird, muss die Zukunft weisen. Hier sind Fragezeichen zu setzen.

Nach dem Subsidiaritätsprinzip, das der Maastrichter Vertrag festgeschrieben hat, wird die EU „nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können" (EGV Art. 3b Abs. 2). Damit wird das Prinzip, das bisher in der EU angestrebt worden war, nämlich die nationale Politik in die gemeinsame europäische Politik einzubeziehen, erheblich eingeschränkt. Verstärkt wurde diese gegenläufige Bewegung durch die Beitrittswelle der postkommunistischen Staaten, die sich unter Rekurs auf ihre nationale Identität gerade erst von der politischen, militärischen, ökonomischen, ideologischen und kulturellen Oberhoheit der Sowjetunion befreit hatten. War denn realistischerweise zu erwarten, dass gerade diese Länder kurz nach Wiedererlangung ihrer nationalen Eigenständigkeit die vorgefundenen supranationalen Strukturen als verbindlich für ihre nationalen Entscheidungen problemlos akzeptieren und ihre erkämpften Souveränitätsrechte zum Teil wieder abtreten würden? Kann solche Akzeptanz erwartet werden von Ländern, die in ihrer Geschichte nicht nur von der Sowjetunion, sondern teilweise über Jahrhunderte hinweg von anderen Großmächten wie Russland, dem Habsburgerreich, Preußen oder dem Osmanischen Reich abhängig waren, von denen sie in ihren nationalen Gefühlen missachtet und teilweise tief verletzt worden waren? Zumal auch wieder nationale und ethnische Konflikte aufbrachen, die in der Zeit der kommunistischen Regime mit harter Hand unterdrückt worden waren, man denke nur an die Trennung von Tsche-

chien und der Slowakei, oder an die kriegerischen Auseinandersetzungen im früheren Jugoslawien. Es verwundert daher nicht, dass angesichts der genannten Umstände die nationalen Egoismen stärker und vielfältiger betont werden und eine Renationalisierung in der europäischen Politik eingesetzt hat, die die EU-Grundlagen in Frage stellt.

Wie steht es also um die Grundlagen der europäischen Solidarität einerseits und um die nationalen Beharrungskräfte andererseits, die – wie ein Blick auf die Behandlung des Verfassungsentwurfs, auf die Europawahlen, auf das Verhalten im Irak-Konflikt, auf den innereuropäischen Protektionismus gegen die Globalisierung oder auf ein „europäisches Geschichtsbewusstsein" zeigt – von nicht zu unterschätzender Wirkmächtigkeit sind? Gibt es nicht zunehmend Signale dafür, dass wir uns immer mehr von einer „europäischen Identität" entfernen – auch im Hinblick auf einen möglichen Beitritt der Türkei?

Dazu vier Hinweise:

1. Der Europäische Verfassungskonvent hat seine Arbeit im Juli 2003 abgeschlossen. Die vorgesehenen Neuregelungen über das Beschlussverfahren im Ministerrat waren allerdings bei den EU-Mitgliedern nicht konsensfähig, so dass die Einigung über den vorgelegten Vertrag im Dezember 2003 zunächst scheiterte. Insbesondere Polen und Spanien wollten auf die bisherige überproportionale Gewichtung ihrer Stimmen nicht verzichten. Die Befürchtung, von den stärkeren Nationen majorisiert zu werden, war ein wesentlicher Grund für das Feilschen um den Abstimmungsmodus. Deutschland und Frankreich ihrerseits waren nicht bereit, vom Prinzip der doppelten Mehrheit abrücken, d. h. einer Mehrheit der Mitgliedstaaten, die 60 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren muss. Trotz dieser erheblichen

Reserven einigten sich die Staats- und Regierungschefs erstaunlicherweise am 18. Juni 2004 dann doch auf einen Verfassungsvertrag. Allerdings scheint eine Euphorie hinsichtlich des weiteren Prozesses der Ratifizierung nicht angebracht zu sein, ist er doch durch das Abstimmungsdebakel in Frankreich und in den Niederlanden in Stillstand geraten. Allerdings muss man sehen: Dieser Ablehnung des Vertragsentwurfs lagen in erster Linie nationale Erwägungen zugrunde.

2. Der Entwurf des Verfassungskonvents trägt offenbar zu wenig dazu bei, die nationalen Orientierungen aufzubrechen. Er berücksichtigt nicht die Vorstellung und das Ziel der Gründungsväter der europäischen Integration, eine Wiederholung der Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch Gemeinsamkeiten jenseits des Nationalstaats zu verhindern. Die Bezugnahme auf die „kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen", die eine europäische Identität und Wertegemeinschaft begründen können, bleibt vage und unverbindlich. Ein gemeinsames „europäisches Geschichtsbewusstsein", das den Integrationsprozess flankierend-argumentativ unterstützen könnte, existiert (noch) nicht. Bestenfalls in Ansätzen ist ein derartiges Geschichtsbewusstsein in den westeuropäischen Ländern vorhanden, nicht aber ein gemeinsames Geschichtsbild zusammen mit jenen EU-Ländern, die gerade erst der EU beigetreten sind. Dafür ein Beispiel: Auf der Leipziger Buchmesse 2004 erklärte die lettische EU-Kommissarin Sandra Kalniete: „Die beiden Totalitarismen – Nazismus und Kommunismus – waren gleichermaßen verbrecherisch." Daraufhin verließ ein Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland demonstrativ den Saal, weil er diese Feststellung als Affront empfand. Hieran zeigt sich, dass die Osteuropäer sich zunächst mit der Aufarbeitung des Unrechts der

kommunistischen Diktaturen befassen und – darauf beruhend – um die Rechtfertigung ihrer nationalen Unabhängigkeit bemühen, während die Westeuropäer den Holocaust im Blick haben und aus den Katastrophen der beiden Weltkriege die Aufgabe der politischen Integration ableiten.

3. Auch der Blick auf die vergangenen Wahlen zum Europäischen Parlament zeigt, dass die Wahlkämpfe fast aller Parteien mit nationalen, innenpolitischen Argumenten, nicht mit europapolitischen, geführt worden sind. Europawahlen sind noch immer nationale Wahlen, bei denen die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit den eigenen Regierungen oder Parteien artikuliert werden. Die Wähler nutzen dabei die Gelegenheit, ihren nationalen Regierungen Denkzettel zu verpassen. Europapolitische Präferenzen stehen deshalb kaum im Vordergrund der Wahlentscheidungen; dafür ist auch die geringe Wahlbeteiligung ein Indiz.
4. Der Riss, den die Beteiligung oder Nichtbeteiligung europäischer Staaten am Irak-Krieg offenbart hat, ist für ein integriertes, einiges Europa und eine gemeinsame europäische Außenpolitik ein kritischer, ja alarmierender Befund. Tatsächlich ist Europa außenpolitisch zersplittert. Die Option einiger EU-Mitglieder für den Kurs der USA und gegen zwei europäische Kernstaaten zeigt, dass die Vereinigten Staaten als führende Weltmacht einen höheren Stellenwert haben als Europa; für die Osteuropäer spielte wohl auch eine Rolle, dass die Nähe zu den USA als potentieller Schutzmacht gegen Russland gesucht wurde.

Vor diesem Hintergrund stellt sich zwangsläufig die Frage nach der Existenz einer sicherlich vieldeutigen europäischen Identität und nach der Akzeptanz einer institutionalisierten europäischen Ordnung, die in einigen Mitglied-

staaten als Ausfluss eines anglo-amerikanischen Liberalismus gesehen wird.

Zwar wird die Zugehörigkeit zur EU in den meisten Beitrittsländern heute grundsätzlich gewürdigt, doch ist der ursprüngliche Enthusiasmus für Europa – wie Umfragen zeigen – einer beträchtlichen Skepsis gewichen. Eine der Ursachen dafür liegt darin, dass sich der erhoffte schnelle wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Beitrittsländern nur langsam einstellt. Eine weitere Ursache für diese Skepsis dürfte die Befürchtung sein, einer neuen politischen Dominanz ausgeliefert zu sein, die nun nicht mehr von Moskau, sondern – nunmehr unter anderen Vorzeichen – von „Brüssel" ausgeübt wird. Nationales Recht wird inzwischen in einem hohen Maße – man spricht von über 60 Prozent – von der EU beeinflusst. Hieran entzünden sich Kontroversen darüber, inwieweit sich die nationalen Eigenarten innerhalb der EU bewahren lassen oder durch die EU-Mitgliedschaft verletzt werden, inwieweit die nationale Souveränität und Kultur, die Würde und der Stolz der gerade erst wiedererstandenen oder wiedererstarkten Nationen im Verbund mit Westeuropa bewahrt werden können, kurz: ob die EU-Mitgliedschaft mehr der EU oder dem eigenen Land nutzt. In einigen Ländern, wie z. B. Lettland und Estland, wird diese Mitgliedschaft deshalb nur noch von etwa 30 Prozent der Bevölkerung als positiv empfunden. Die dramatisch niedrige Beteiligung an den Europawahlen des Jahres 2004 ist mehr als nur ein Ausdruck für gewachsene Vorbehalte.

Das Spannungsverhältnis zwischen nationalem Souveränitätsbeharren einerseits und Intergouvernementalismus, transnationaler Kooperation und supranationaler Politik andererseits hat sich im Zeichen der Globalisierung noch verschärft: Die traditionellen Aufgaben der Nationalstaaten – Protektor nach außen, Ordnungshüter im Innern, Wohlfahrtssicherung für den einzelnen, Wachstumssteige-

rung für die Wirtschaft usw. – können nur noch in einem Verbund von Zusammenarbeit und Wettbewerb im Rahmen der Europäischen Union und der Weltwirtschaft realisiert werden. Angesichts dieser veränderten Bedingungen, vor allem des zunehmenden Gewichts internationaler Akteure in Wirtschaft, Politik und Kultur fragt sich, welche Bedeutung dem nationalen Interesse zukommt.

* * *

Die Tagung in Cadenabbia sollte die Kenntnis über die unterschiedlichen nationalen und kulturellen Gegebenheiten fördern und vertiefen und das Spannungsverhältnis von nationaler und europäischer Identität ausloten. Denn nur wer seinen Standort kennt und weiß, woher er kommt, ist auch imstande, zu bestimmen, wohin er gehen soll. Diese Binsenweisheit gilt auch für die Zukunft Europas. Zu dieser Standortbestimmung, vor allem im Vergleich zwischen den Kernländern der EU und den Beitrittsländern Mittelosteuropas, wollen die hier publizierten Aufsätze einen Beitrag leisten.

In einem Überblick skizziert *Rudolf Uertz* die Entwicklung der Europaidee und ihrer Verwirklichung nach 1945. Trotz der erfolgreichen Integrationspolitik verbreite sich aber gegenwärtig im Bewusstsein vieler Bürger in Europa die Vorstellung eines überzogenen Regelungswillens, insbesondere der EU-Kommission, die sich von der politisch und kulturell begründeten Europaidee der Gründergeneration beträchtlich entfernt habe. Die Frage europäischer Identität stelle sich neu angesichts der Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags durch die französische und niederländische Bevölkerung sowie den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

In seinen grundsätzlichen Überlegungen geht *Otto Depenheuer* von der These aus, die Europäische Union werde

so, wie wir sie kennen und in ihrer Attraktivität schätzen, künftig nicht mehr weiterexistieren; sie werde eher in eine Phase der Stagnation fallen. Auch der vom Europäischen Verfassungskonvent 2003 vorgelegte Verfassungstext „wird juristisch nicht in Kraft treten", da „die Identität der Mitgliedsstaaten dies nicht zulassen werde". Der Prozess der Einigung im Sinne einer überstaatlichen Einheit werde weit mehr als 10 bis 15 Jahre brauchen, jedenfalls länger dauern, als offizielle EU-Vertreter derzeit prognostizieren. Dies müsse man konstatieren angesichts der von der EU-Erweiterungskommission empfohlenen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, deren „kultureller Abstand zu Europa" eine Weiterentwicklung der europäischen Institutionen in bisheriger Weise nicht zulassen werde.

Als die „Nagelprobe" der europäischen politischen Entwicklung kennzeichnet Depenheuer die demokratische Willensbildung, insbesondere das Prinzip der Mehrheitsentscheidung. Die staatstheoretische Antwort auf das Akzeptanzproblem des politischen Systems sei dessen demokratische Legitimierung durch das Volk. Aber: „Wer gehört zum Volk? Wen lassen wir einreisen? Wen bürgern wir ein?" Diese Fragen stellen sich vordringlich im Hinblick auf die Mehrheitsentscheidungen durch das Volk – Mehrheitsentscheidungen, die auch gegen die eigenen Interessen (als Minderheit) gerichtet sein können. „Wer das Volk durch Einbürgerungen ändert, ändert das Substrat Demokratie." Von einer europäischen Identität und einer demokratischen Legitimität Europas könne man erst sprechen, wenn Entscheidungen nicht mehr von den Nationalstaaten, sondern vom „europäischen Volk" getroffen werden. Europäische Identität werde es demnach nur geben als „Aufbau" auf den nationalen Identitäten.

Als Alternative zu einer imaginären europäischen Nationsidee sieht Depenheuer den von Dolf Sternberger in den 1970er Jahren kreierten Begriff des Verfassungspatrio-

tismus. Für das deutsche Verständnis sei wichtig, dass dieser Begriff eine Reflexion des problematischen Identitätsverständnisses der Deutschen seit dem Untergang des alten Reiches ist. Auf die „Kulturnation" („Land der Dichter und Denker") folgte die „verspätete Nation", die von einer Hypertrophie gekennzeichnet gewesen sei. Nach 1945 fungierte das „deutsche Wirtschaftswunder" als Ersatz für fehlendes politisches Selbstbewusstsein. Der Begriff Verfassungspatriotismus sei angesichts dieses Vakuums ein „genialer Begriff", der adäquat die Befindlichkeit „westdeutscher Identität" gekennzeichnet habe und die „deutsche Identität" angesichts der Teilung auf die geschriebene Verfassung und den Verfassungsauftrag der wiederherzustellenden deutschen Einheit gründe. Der Begriff Verfassungspatriotismus beinhalte darüber hinaus „die Frage nach der politischen Einheit", wobei nicht mehr das „Volk als ethnische, relativ homogene vorpolitische Schicksalsgemeinschaft", sondern als „modernes politisches Gemeinwesen" definiert wird. Dieses werde primär „zusammengehalten durch die politische Praxis der Bürger", also im Sinne von Ernest Renans „plébiscite de tous les jours".

Kein Land hat wohl eine solche Form und Dichte nationaler Identität aufzuweisen wie Frankreich. *Gilbert Merlio* verweist bei der Charakterisierung des französischen Selbstverständnisses darauf, dass sich die Nationsidee im Laufe der Jahrhunderte gefestigt habe. Die französische Identität setze sich traditionell aus mehreren Identitäten zusammen. Zunächst verstehe sich Frankreich als das Land, das Europa die Menschenrechte gebracht habe. Weitere Elemente französischer Identität seien die Gleichsetzungen von Nation und Staat, von Staatsnation und Territorium sowie von Staats- und Kulturnation, ferner der Jakobinismus bzw. Zentralismus sowie der Colbertismus, der die französische Vorliebe für die „planification" gefördert habe. Diese Einstellungen beruhten vor allem auf

dem „festen Glauben", dass der Staat in die Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur einzugreifen habe, um „Gleichheit und Gerechtigkeit" auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet herzustellen. Die Kehrseite der starken französischen Tendenz zum Egalitarismus sei ein nicht minder stark ausgeprägter Individualismus, was eine kuriose, paradox gespaltene Stellung der Franzosen zum Staat nach sich ziehe. Ein weiteres Charakteristikum sei der Laizismus, der sich früher antiklerikal und antikatholisch gerierte, nun aber eingesetzt werde, „um die islamische Proselytenmacherei abzuwehren und die religiöse Neutralität bzw. Toleranz zu garantieren".

Die gegenwärtigen Herausforderungen sieht Merlio als Katalysator, die aber nicht allein die Substanz für eine kollektive Identität liefern könnten. Auch das gemeinsame kulturelle Erbe genüge wohl nicht, um ein stärkeres europäisch-politisches Bewusstsein zu schaffen. Als wichtige Wert- und Orientierungsmarken auf diesem Weg nannte denn auch Merlio den Begriff des Verfassungspatriotismus, verstanden im Sinne einer gemeinsamen Wertebasis, die es zu realisieren gelte, ferner die Menschenrechte und nicht zuletzt eine „Soziale Marktwirtschaft", die gegenüber einem „wilden Liberalismus" die Sozialstaatlichkeit zu sichern und zu erhalten habe.

Sergio Belardinelli skizziert die nationale und europäische Identitätsfrage aus der Sicht Italiens, dessen nationales Selbstverständnis neben sozialen und kulturellen Werten vor allem auf religiösen Traditionen beruhe, wobei der Katholizismus eine besondere Rolle spiele. Beeinträchtigt werde die nationale Identität gegenwärtig vor allem durch die Globalisierung und die Pluralisierungstendenzen der Gesellschaft. Das kollektive Selbstbewusstsein sei gegenwärtig besonderen Erschütterungen und Fragmentierungen ausgesetzt. Das Christentum sieht Belardinelli für Italien wie auch für die europäischen Länder als eine stabilisie-

rende Kraft, weil es in hohem Maße soziale Bindungen verstärke und zugleich aufgeschlossen gegenüber neuen Entwicklungen sei. Ohne Bezug zur Transzendenz, auf der die nationale und europäische Kultur aufruhe, sei die Menschenwürde historisch und sittlich nicht zureichend geschützt.

Identität und Selbstverständnis der Niederlande – so *Henk E. S. Woldring* – seien in hohem Maß geprägt von den jahrhundertelangen Erfahrungen der Bevölkerung im Kampf gegen das Eindringen und Zurückdämmen des Meeres und durch die Abwehr fremder Mächte. Die geistig-moralische und politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Erfahrungen sei von zwei weltanschaulichen Strömungen gespeist worden, die die Vorstellungswelt der Niederländer nachhaltig beeinflusst hätten: dem orthodoxen Kalvinismus und dem Humanismus. Beide Weltanschauungen seien ohne die von Christentum vermittelten kulturellen und humanistischen Werte (vor allem Erasmus von Rotterdam) nicht zu verstehen. Das soziale Ethos der Niederländer sei in hohem Maße bestimmt durch ein Streben nach Konsens und einer toleranten Gesellschaftsordnung, deren Merkmale ein hohes Maß an Glaubensfreiheit und die Hervorbringung einer „subkulturellen Identität" seien, die die Basis für ein geordnetes und friedliches Zusammenleben bildeten.

Die Frage nach dem Verhältnis von nationaler und europäischer Identität wird auch in Großbritannien angesichts veränderter Bedingungen neu diskutiert. *Roger Morgan* nennt dafür fünf Gründe: 1. die beträchtliche Zuwanderung aus allen Erdteilen, 2. die Gewährung größerer Selbständigkeiten für Schottland und Wales – in Anerkennung ihrer eigenen, speziellen nationalen Identitäten, 3. den andauernden Konflikt in Nordirland, 4. die aktuelle Entwicklung der EU und ihr Einfluss auf die Identität des Landes sowie 5. die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Glo-

balisierung. Das letztere Problemfeld berühre vor allem die Außenpolitik des Landes und nicht zuletzt die Beziehungen zum Nahen Osten. Angesichts der jüngsten Entwicklungen sei es deshalb für die britische Öffentlichkeit schwierig, die Verpflichtungen der Mitgliedschaft in der EU angemessen mit dem Charakter der nationalen Identität Großbritanniens in Einklang zu bringen. Dies wäre leichter, so die These von Kennern des Landes, wenn es gelinge, die nationale Identität von der britischen Staatsidentität zu lösen und stärker von der durchaus heterogenen britischen Gesellschaft her zu definieren. Eine derart veränderte Einstellung könnte den Briten die Akzeptanz einer Aufteilung politischer Souveränität zwischen London und „Brüssel" vielleicht erleichtern.

In den Länderberichten der mittelosteuropäischen Referenten stand vor allem die Frage der nationalen Identität in der vor- und nachkommunistischen Zeit im Vordergrund. In Polen hätte – wie *Karol Sauerland* zu bedenken gibt – das politische Selbstverständnis nach 1989 vor allem an die Freiheitstradition der sechzehnmonatigen Epoche der Solidarność anknüpfen können. Doch habe man sich stattdessen auf die „Fremdzuschreibung" eingelassen, wonach eine politische Bewegung entweder Gewerkschaft oder Partei, nicht aber eine „bloße" Bewegung zu sein habe. Von diesem Dilemma der Solidarność, die sich in verschiedenste Richtungen aufspaltete, hätten vor allem die Postkommunisten profitiert. Sauerland konstatiert ein gespaltenes Verhältnis der Polen zu Europa: Der größte Teil der Polen sei national gestimmt, „Europa" dagegen bedeute „für die politische Klasse vor allem Deutschland", zumal es ja in erster Linie der westliche Nachbar sei, der zusammen mit Frankreich die Europäischen Gemeinschaften initiiert und geformt habe. – Die Wahlergebnisse des Jahres 2005 bestätigen diese Einschätzung Sauerlands. Die Angst um den Nationalstaat – das Erbe polnischer Geschichte –

bewegte viele Wähler. Europa wird sich darauf einzustellen haben.

Petr Fiala unterscheidet bei der Darstellung Tschechiens zwischen den parteipolitisch kanalisierten Interessen und solchen Themen, die in den Medien und in der politischen Öffentlichkeit tabuisiert werden, obgleich sie die Gesellschaft stark berührten. Auf diese Weise werde der Raum für radikale und extremistische Kräfte geöffnet, die sich als „Beschützer von bestimmten Identitäten" verstünden. Es sei daher wichtig, dass die nationalen Interessen und die Rolle Tschechiens in der EU adäquat durch die demokratischen Parteien Tschechiens definiert würden, was vor allem eine intensive Beschäftigung mit der Vergangenheit voraussetze.

Ol'ga Gyárfášová behandelt die Slowakei im Schnittpunkt von Vergangenheit und Zukunft, Tradition und Modernität. Für die slowakische Gesellschaft bedeute der gegenwärtige Transformationsprozess eine Öffnung, eine Art „Luftzug", der viel Neues und Unbekanntes, aber auch Impulse und Herausforderungen mit sich bringe; dies erfordere zugleich eine Abwendung von vielen alten Gewohnheiten. Die „sozialen Identitäten werden bei uns gegenwärtig neu definiert". Aber Identitäten seien „zerbrechliche Entitäten"; sie dürften der Bevölkerung nicht aufgezwungen werden, wenn sie positive Kräfte im politischen Leben darstellen sollen. Unter den kollektiven Identitäten (dem „Wir-Gefühl") dominiere auch hier das nationale Selbstverständnis, das allerdings in der Slowakei nicht auf eine eigene Staatstradition zurückblicken könne. Auch bereite der Umstand, dass in der Slowakei eine beträchtliche ungarische Minderheit lebe, für die Herausbildung der nationalen Identität Schwierigkeiten. Zu den wichtigsten Funktionen kollektiver Identität zählt Gyárfášová das Solidaritätsgefühl, das ein wichtiger Mobilisierungsfaktor sei. Nationale Identität charakterisiert Ol'ga Gyárfášová als „Synthese von

Selbstwahrnehmung, kollektivem Gedächtnis und Erfahrungen, in denen Traditionen sowie geographische und kulturelle Faktoren wirkten". Zur nationalen Identität gehöre selbstredend auch das Empfinden für die Unterscheidung und Abgrenzung von anderen Nationen im Außenbereich wie im Inneren in der Gesellschaft für die Unterscheidung von „wir und sie" oder im politisch-parlamentarischen System für den Gegensatz zwischen Mehrheitsfraktion und Opposition. In der Slowakei habe es eine große Zustimmung zum EU-Beitritt (92 %) gegeben. Dennoch sähen viele Bürger und Politiker den Europäischen Verfassungsentwurf sehr kritisch. Ein ausdrücklicher Bezug auf das Christentum, so meinten viele, würde das europäische Identitätsbewusstsein stärken, da die religiös-sittlichen Kräfte zusammen mit den kulturellen Grundlagen die wichtigen Elemente des Zusammengehörigkeitsgefühls der europäischen Völker und Geschichte darstellten.

Seit der Umbruchszeit Anfang der 1990er Jahre wird auch in Ungarn die Frage der Nation wieder verstärkt im europäischen Kontext diskutiert. Es herrsche, so beschreibt dies *György Granasztói*, „ein ausgeprägter, manchmal sogar hektischer Gegensatz in diesen Fragen, die auch das politische Leben prägen". Zwei Denkrichtungen seien es, die sich in der Auseinandersetzung hervortun und befehden: Unter Bezug auf den kritischen Rationalismus Karl Poppers, dessen Gedankengut in Ungarn stark Verbreitung finde, beschreibt Granasztói diese Gruppierungen als „Nominalisten" auf der einen und „Essentialisten" auf der anderen Seite, die einer ganzheitlichen Linie mit „Herz und Vernunft" anhingen. Die Nominalisten äußerten: „Wir sollen nicht die Frage stellen: ‚was ist die Nation', sondern ‚wie funktioniert das nationale Dasein als politische und kulturellen Form innerhalb und zwischen den Staaten'." Für Granasztói vermag diese positivistisch anmutende Sichtweise die tieferen Dimensionen nationaler

Identität und nationalen Bewusstseins nicht adäquat zu erfassen. Er plädiert dagegen für ein Gesellschaftsverständnis, das die ‚Nation' und ‚Europa' auch hinsichtlich ihrer kulturellen Dimensionen würdigen und auch die sittlichen und emotionalen Werte einbeziehen sollte.

Janko Prunk sieht in seiner Betrachtung die „Kulturation der slowenischen Protestanten" als die Geburtsstunde seiner Nation, einem Seitenzweig der Slawen. Die slowenische Nation sei „buchstäblich aus dem Wort geboren": Die Übernahme des reformatorischen Bekenntnisses habe dem Volk den „neuen Glauben" durch eine Bibelübersetzung erstmals in seiner Landessprache zugänglich gemacht. Dieses hochbedeutsame theologische und christlich-reformatorische Ereignis habe zugleich die Sprache und Kultur des Landes und damit das Bewusstsein der slowenischen Identität befördert, die in der Folgezeit jedoch durch den fürstlich-habsburgischen Absolutismus unterdrückt worden sei. Erst im Gefolge der Aufklärung und der Sozialreformen während der Habsburger Monarchie habe Slowenien eine „nationale Wiedergeburt" und seine Konstituierung als moderne Nation erlebt, die Prunk als „neue europäische Kulturation" bezeichnet. An ihr habe Slowenien nach dem Zusammenbruch des Kommunismus anzuknüpfen vermocht, das sich seiner europäisch-kulturellen und -religiösen Wurzeln wieder verstärkt bewusst geworden sei.

Peeter Tulviste geht für die baltischen Staaten aus von der Unterscheidung zwischen ethnischer und staatlicher Identität. Die ethnische sei in Estland sehr stark ausgeprägt, die staatliche dagegen als Folge langer Fremdbestimmung – insbesondere in der sowjetischen Zeit – sehr schwach. Litauen sei das einzige baltische Land, das eine bedeutende staatliche Vergangenheit habe. Bis zum Hitler-Stalin-Pakt könne man auch von einer baltischen Identität sprechen. Viele Esten stellten sich heute noch Europa vor

wie im Jahre 1939; das heißt: man überspringe die Zeit nach 1940. Die Kritik an Europa heute habe jedoch weniger mit der europäischen Integration zu tun, sondern resultiere vielmehr aus den vielen von außen aufgenötigten Umgewöhnungsprozessen der letzten Jahre und Jahrzehnte. Von „Europa" bzw. dem europäischen Gedanken erhoffe man sich vor allem eine Aufarbeitung der Zeit des Kommunismus im Lande und eine Festigung der „westlichen Wertvorstellungen", die sich nicht zuletzt auch in den Beziehungen (und Abgrenzungen) zu Russland auswirken sollten.

* * *

Möglicherweise liegen die in den letzten Jahren gewachsenen Vorbehalte gegenüber dem weiteren Integrationsprozess, die in verschiedenen Beiträgen zum Ausdruck kommen, auch in der Tatsache begründet, dass viel zu wenig bewusst ist, welche Fortschritte die europäische Integration genommen hat und was bereits erreicht worden ist. Die Bürger der einzelnen Staaten werden über ihre nationale Identität hinaus nur dann zu einer gemeinsamen europäischen Identität finden, wenn sie die Befindlichkeiten der anderen besser kennen, und wenn ihnen der Bezugrahmen Europas klar ist und sie diesen akzeptieren. Denn nur Europa bietet die Chance, den Menschen hier zu geben, was die Einzelstaaten schon lange nicht mehr vermögen; allein sind sie zu klein, um im Globalisierungsprozess bestehen zu können. Nur über den Hebel „Brüssel" können die EU-Staaten globale Gestaltungsmacht gewinnen und im Globalisierungsprozess ihren Platz als dynamischer Markt und als politische Wertegemeinschaft behaupten. Angesichts der derzeitigen Stagnation – anfangs der 1980er Jahre sprach man aufgrund des Stockens der Europapolitik von „Eurosklerose" – scheint die Aufklärung über die tat-

sächlichen und weiter zunehmenden Kompetenzen der europäischen Organe für das Wirtschaftsleben, für die Sozialpolitik, die Innenpolitik und auch die Kulturpolitik dringend geboten. Die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik mit möglichen militärischen Auslandseinsätzen kommt hinzu. Die Kenntnis solcher Prozesse dürfte die Ausbildung einer europäischen Identifikation nachhaltig beeinflussen, die Nationalstaaten und ihre Identitätskriterien europäisieren, ohne den Nationalstaat als zentrales politisches Identifikationsobjekt gänzlich aufzuheben. Ob die EU zentrale Aufgaben des Nationalstaats übernehmen kann, ist noch nicht entschieden. Bislang ist nicht erkennbar, wer dessen Aufgaben bei der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen und bei der Bewahrung kultureller Eigenständigkeiten übernehmen könnte. Deshalb wird der Staat mit seinen bewährten Verfahren und Solidaritätsstrukturen weiterhin zentrale Funktionen ausüben für den Interessensausgleich in den Mitgliedstaaten und im europäischen Rahmen Sorge tragen für die geordnete und friedliche Austragung von Konflikten. Angesichts einer so verstandenen Subsidiarität muss die nach wie vor wirkmächtige nationale Identität der Bevölkerungen keineswegs eine Barriere bilden bei der Durchsetzung europäischer Ideale und Zielsetzungen, sondern sie wird vielmehr die Brücke bilden, über die sie erreicht werden können.

Insofern ist die Prognose von Ernest Renan, eine europäische Konföderation werde die Nationen ersetzen, mit einem Fragezeichen zu versehen. Wohl aber dürfte der Nationalismus, der mit dem Nationalstaat monistischer Prägung einherging, im vereinten Europa mehr und mehr verblassen und der Vergangenheit angehören. Vieles ist diesbezüglich in dem über fünfzig Jahre währenden Prozess der europäischen Integrationspolitik erreicht worden. Deshalb hat sich die Vision, die Ortega y Gasset vor über siebzig Jahren entwickelt hat, ihrer Verwirklichung angenä-

hert: „Europa ist als Gefüge kleiner Nationen entstanden. Nationalgedanke und Nationalgefühl waren in gewissem Sinn seine bezeichnendsten Erfindungen. Nun sieht es sich gezwungen, sich selbst zu überwinden … Für Europäer bricht jetzt die Zeit an, da Europa zu einer Nationalidee werden kann. Und der Glaube hieran ist viel weniger utopisch, als es im 11. Jahrhundert die Prophezeiung des einigen Spanien und Frankreich gewesen wäre."

Zu allem großen Geschehen gehöre aber Geduld, wie Adenauer mit Blick auf Europa zu bedenken gab. „Aber vergessen wir nicht, daß in mehr als zweitausend Jahren europäischer Geschichte innerhalb Europas Dämme aufgeworfen worden sind, die man nicht in wenigen Monaten abtragen kann. Was sich in Europa in diesen Jahren vollzieht, ist wahrhaftig revolutionär. Tief eingewurzelte Anschauungen müssen über Bord geworfen werden. Die gesamte politische Erziehung der europäischen Völker, die an der Idee der Nation als den letzten Wert politischer Entscheidung orientiert war, muß umgestellt werden. Das geht nicht von heute auf morgen." Diese Geduld, die Adenauer bei einer Aussprache vor dem American Committee on United Europe in New York 1953 anmahnte, wird auch für die weitere Entwicklung bestimmend sein. Dann wird das Bild Eric J. Hobsbawms vielleicht Realität werden, mit dem er sein Buch Nationen und Nationalismus (^{3}2005) beschließt, wenn er die Dämmerung hereinbrechen sieht, in der die Eule der Minerva über Nationen und Nationalismus ihre Flügel ausbreitet.